

Sichere Schweizer Städte 2025

**Sybille Oetliker
Tillmann Schulze**

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Sicher leben in Stadt und Land
Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages
16. und 17. April 2012 in München
Forum Verlag Godesberg GmbH 2013, Seite 237-242

978-3-942865-15-9 (Printausgabe)
978-3-942865-16-6 (eBook)

Tillmann Schulze / Sybille Oetliker

Sichere Schweizer Städte 2025

Wie steht es um die Sicherheit in Schweizer Städten im Jahr 2025? Welche Gefahren drohen? Wie kann ihnen begegnet werden? Ein Unternehmen, ein Verband und 33 Städte stellen sich den Fragen und suchen in einer gemeinsamen Studie Antworten.

Sicherheit ist für Städte ein Thema von zunehmender Bedeutung. Die Bevölkerung, aber auch Besucherinnen und Besucher wollen sich in den Städten sicher fühlen. Sicherheit wird aber auch immer mehr zu einem zentralen Standortfaktor und Wettbewerbsvorteil für die lokale Wirtschaft. Allerdings ist es in den letzten Jahren deutlich anspruchsvoller geworden, in einer Stadt für ausreichende Sicherheit zu sorgen. Veränderungen wie die zunehmende Nutzung der öffentlichen Raums, ein Trend hin zur 24-Stunden-Gesellschaft, technologische Entwicklungen oder die Folgen klimatischer Veränderungen stellen die Sicherheitsverantwortlichen einer Stadt vor immer neue und komplexer werdende Herausforderungen.

Die letzten Jahre haben gezeigt: Die – mitunter nicht vorbereiteten und zum Teil auch überforderten – Behörden reagieren oft bloß noch auf die Ereignisse und Entwicklungen. Längerfristige, nachhaltige Strategien zum Umgang mit den neuen sicherheitsrelevanten Herausforderungen aber fehlen weitgehend.

Aktive Handlungsstrategien entwickeln, statt auf Ereignisse reagieren

Unter dem Druck der Bevölkerung und der Medienberichterstattung ergriffen die Verantwortlichen immer wieder wenig reflektierte und oft nicht koordinierte Maßnahmen. Für ein Abwägen der richtigen Entscheidungen sowie der Gründe, weshalb es zu einem Ereignis gekommen war, fehlten nicht selten Zeit, Geld oder auch die notwendige Kompetenz.

Letzteres ist vor allem in kleineren Schweizer Städten der Fall, wo die Behörden über wenig Personal verfügen und die politisch Verantwortlichen ihre Aufgabe vielerorts in Teilzeitmandaten ausüben. Grössere Schweizer Städte wie Bern, Zürich oder Luzern haben hingegen in den letzten Jahren damit begonnen, sich intensiver mit Sicherheitsfragen zu befassen; in ihrem Interesse waren meist Teilfragestellungen wie Verkehrssicherheit oder Folgen von Katastrophen und Notlagen. Nur selten wurde hingegen ein umfassender Ansatz gewählt, der Fragen der Alltagskriminalität, gesellschaftliche Entwicklungen bis hin zu Bedrohungen durch Terrorismus oder eine Pandemie untersucht.

Das Ziel des Projekts „Sichere Schweizer Städte 2025“ ist es nun diese Lücke zu füllen. Dabei soll nicht nur die aktuelle Gefährdungslage analysiert, sondern auch künftige Entwicklungen der Sicherheitslage in Städten antizipiert und Handlungsoptionen zur Gestaltung von Sicherheit in Städten aufgezeigt werden. Die Verantwortlichen für Sicherheit in den Städten sollen zum einen dafür sensibilisiert werden, welche

Trends und Entwicklungen in den nächsten zehn bis 20 Jahren für die Sicherheitslage in Städten von Bedeutung sind. Zentrales Anliegen ist jedoch auch das Erarbeiten von Handlungsempfehlungen wie die für Sicherheit Verantwortlichen künftig auf die aufgezeigten sicherheitsrelevanten Veränderungen reagieren können.

Zusammenarbeit von Privatwirtschaft, Verband und Städten

Innovativ an dem Projekt ist für die Schweiz nicht allein die Fragestellung. Das Projekt beruht auch auf der Zusammenarbeit drei unterschiedlicher Akteure. Das fachliche Know-how kommt von Ernst Basler und Partner (EBP), einem Planungs- und Beratungsunternehmen, das seit vielen Jahren Städte in Sicherheitsfragen berät. Die politische Verantwortung liegt beim Schweizerischen Städteverband (SSV). 126 Schweizer Städte gehören dem Verband an; dieser vertritt die Interessen der Schweizer Städte und Agglomerationen gegenüber dem Bund und der Öffentlichkeit. Schliesslich sind 33 „Pilotstädte“ in das Projekt involviert, die mit konkretem fachlichem Wissen zur Studie beitragen. Alle drei Partner leisten einen finanziellen Beitrag zur Erarbeitung der Studie. Die Projektleitung setzt sich gleichberechtigt aus Mitarbeitenden von SSV und EBP zusammen.

Dass insgesamt 33 Städte aus der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz an dem Projekt mitarbeiten, zeigt, dass die Studie ein zentrales Bedürfnis vieler Städte aufgreift. Aufgrund der großen Zahl von Pilotstädten und aufgrund deren mitunter recht unterschiedlichen Charakteristika, wurden diese in vier Cluster aufgeteilt: große, mittlere und kleinere Kernstädte, dazu Agglomerationsgemeinden. Diese Einteilung erleichtert die Arbeit in Workshops und das Erarbeiten von Städteprofilen und Handlungsempfehlungen.

Ist-Zustand durch breite Befragung dokumentiert

Wie lassen sich die unterschiedlichen Fragen, Erwartungen und Voraussetzungen in den Pilotstädten unter einen gemeinsamen Nenner bringen? In einem ersten Schritt galt es zu erfahren, wie die Sicherheitsverantwortlichen die Lage in ihrer Stadt einschätzen. In einem Fragebogen wurden über 100 potenzielle Gefährdungen aufgelistet und die Städte gebeten, deren Relevanz zu beurteilen. Das Projektteam verfolgte dabei bewusst einen Ansatz, der Sicherheit breit und integral versteht. So wurden die Städte beispielsweise danach befragt, wie sie die Situation des Abfalls im öffentlichen Räumen oder Fragen der sozialen Sicherheit einschätzen, wie sie verschiedene Naturgefahren beurteilen, aber auch, wie sie die Gefährdungen sehen, die von Kernkraftwerken, anderen großtechnischen Anlagen oder auch von Terroranschlägen ausgehen, und es wurde natürlich auch nach Drogenhandel, Bettelei, Verbrechen etc. gefragt.

Neue Methode zur Objektivierung der gefühlten Gefährdungen

Diese subjektiven Einschätzungen bildeten jedoch nur eine erste Komponente der Analysen. In einem nächsten Schritt wurden die aufgezählten Gefährdungen in eigentliche «Gefährdungen» (z. B. häusliche Gewalt, Littering, Körperverletzung, Alkohol- und

Drogenmissbrauch, etc.) sowie in «Bedingungen» (z. B. Arbeitslosigkeit, Anonymisierung, schlecht einsehbare „Ecken“, Migration, etc.) aufgeteilt. In einem dritten Schritt schliesslich, ging es darum, «Gefährdungen» und «Bedingungen» auf ihre Relevanz zu prüfen und deren Bedeutung zu «objektivieren». Denn die Verantwortlichen in den Städten beurteilen häufig vor allem solche Gefährdungen als bedeutsam, die Bevölkerung oder Medien aufgreifen und damit einen Handlungsdruck auf die Entscheidungsträger ausüben. Ein ausschließlicher Fokus auf solche Themen könnte zur Folge haben, dass andere sicherheitsrelevante Aspekte, die derzeit weniger im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, beispielsweise seltene Ereignisse wie ein Erdbeben oder eine Massenpanik bei einer Grossveranstaltung, außer Acht gelassen werden.

Zur „Objektivierung“ der Gefährdungen entwickelte EBP ein mehrstufiges Verfahren. Es erlaubt, die von den Städten (subjektiv) genannten Gefahren in einer „objektivierten Sichtweise“ zu bewerten. Zunächst schätzte das Projektteam für alle Gefährdungen das Risiko, also die Häufigkeit des Auftretens und die zu erwartenden Schadenwirkungen ab. In einem weiteren Schritt wurde berücksichtigt, welche Verantwortung und welchen Handlungsspielraum die Behörden einer Stadt für eine bestimmte Gefährdung haben und wie die öffentliche Wahrnehmung von Bevölkerung und Medien einzuschätzen ist. Aufgrund dieser Prüfung ließen sich zunächst die wichtigsten «Gefährdungen» und «Bedingungen» für jedes Städtecluster vorläufig bestimmen. Sie waren dann Gegenstand der Diskussion in Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern der Städte, das Ergebnis eine abgestimmte Einschätzung der Relevanz pro Städtecluster. Für die weiteren Arbeiten werden nur noch Gefährdungen und Bedingungen ab einer bestimmten Relevanz-Stufe mit einbezogen.

Der überlegte Blick in die Zukunft

Damit ist nun die Grundlage für einen Blick in die Zukunft gelegt. Die Beurteilung der aktuellen Sicherheitslage in den Städten bildet nicht das zentrale Element des Projekts. Vielmehr geht es jetzt darum aufzuzeigen, welche Veränderungen künftig zu erwarten sind. Um dies zu erreichen, gilt es nun nachfolgend zu analysieren, welche Veränderungen von besonderer Bedeutung für die Sicherheitslage in Schweizer Städte sein werden. Dabei ging es zunächst um allgemeine Trends wie z. B. den demografischen Wandel, die sozialräumliche Veränderung in den Städten oder den Wandel des Alltags der städtischen Bevölkerung. Das Projektteam definierte insgesamt sechs sogenannte „Blickwinkel“, aus denen die zentralen Entwicklungen für die Sicherheitslage betrachtet wurden. Nach umfassenden Recherchen von bestehenden Trend- und Perspektivenstudien fand anschließend auch eine Reihe von Interviews mit Fachpersonen statt, mit denen das Team die Erkenntnisse absicherte.

Das Ergebnis ist eine Abschätzung der voraussichtlichen Veränderung einer Gefährdung bis zum Jahr 2025 pro Städte-Cluster. Abhängig davon, ob eine Gefährdung zunimmt, gleich bleiben wird oder abnimmt, erhalten die für Sicherheit Verantwort-

lichen in den Städten wertvolle Hinweise für eigene Planungen. Die Ergebnisse sind Gegenstand einer weiteren Diskussion in den Cluster-Workshops.

Damit die beteiligten Pilotstädte einen möglichst hohen praktischen Nutzen haben, werden schließlich gemeinsam mit den Städttervertreterinnen und -vertretern Handlungsoptionen erarbeitet. Die Städte sollen erkennen, mit welchen Strategien und Maßnahmen sie auf diese oder jene Veränderung reagieren können. Dabei wird es vor allem auch darum gehen, dass die Städte untereinander lernen können und best practices austauschen, die aller Voraussicht nach auch für die Bewältigung künftiger Herausforderungen Erfolg versprechen.

Austausch zwischen politisch Verantwortlichen fördern

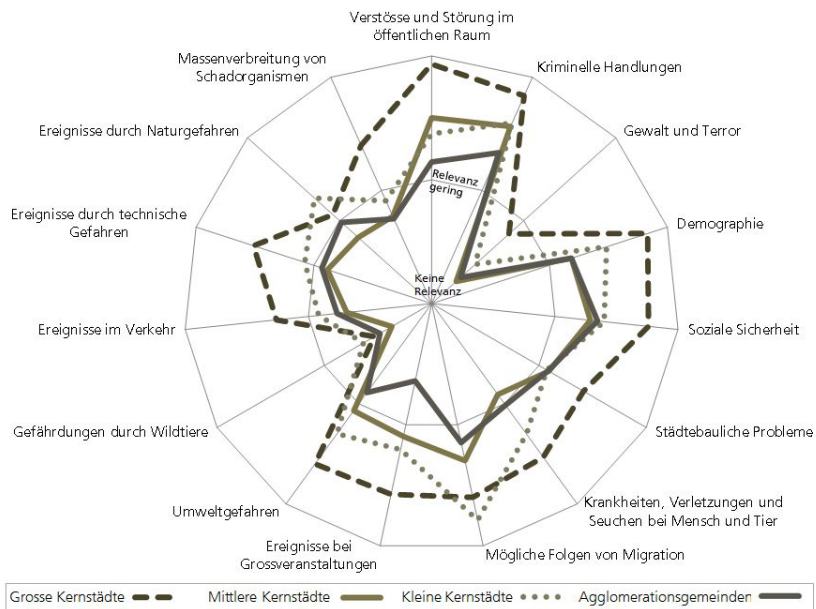
Das Lernen der Städte voneinander wird durch Factsheets ergänzt, das jede Pilotstadt zunächst eigenständig für sich selbst erstellt. Dort skizziert sind sie zentralen Charakteristiken der Sicherheitslage der Stadt und das Image bzw. die öffentliche Wahrnehmung des Ortes. Bisherige erfolgreiche und wenig erfolgreiche Maßnahmen sowie besondere Herausforderungen im Bereich des öffentlichen Raums (problematische Unterführungen, Brachen etc.) ergänzen die Factsheets. Diese sind später wiederum Gegenstand der Diskussion in den Clusterworkshops. Ziel soll es sein, dass die Städtevertreterinnen und -vertreter bei vergleichbaren, vielleicht aber auch bei Städten aus anderen Clustern prüfen können, inwiefern dort schon Erfahrungen gemacht wurden, die mit den eigenen Sicherheitsfragen vergleichbar sind. Der regelmäßige persönliche Austausch zwischen Verantwortlichen aus verschiedenen Städten und Landesteilen ist nicht allein methodisch wichtig; die Beteiligten schätzen ihn auch sehr. Bislang fehlten solche Diskussionsforen in der stark föderalistisch und regional geprägten Schweiz.

Das Projekt „Sichere Schweizer Städte 2025“ ist kein Blick in die Kristallkugel. Wie genau sich die Sicherheitslage in den Städten verändert, wird dieses Projekt nicht vorhersagen können. Aber es zeigt auf, in welche Richtungen die Entwicklung aller Voraussicht gehen wird und welche Möglichkeiten sich anbieten, um angemessen Einfluss auf die verschiedenen Gefährdungen oder Rahmenbedingungen nehmen zu können. Schließlich zeigt das Projekt eine Methode auf, wie die Situation pragmatisch analysiert und Lösungsansätze entwickelt werden können. Im Zentrum steht das Anliegen, den für Sicherheit Verantwortlichen in den Städten die Möglichkeit zu geben, die Sicherheitslandschaft ihrer Stadt aktiv und vorausschauend zu gestalten, anstatt nur auf Ereignisse kurzfristig zu reagieren.

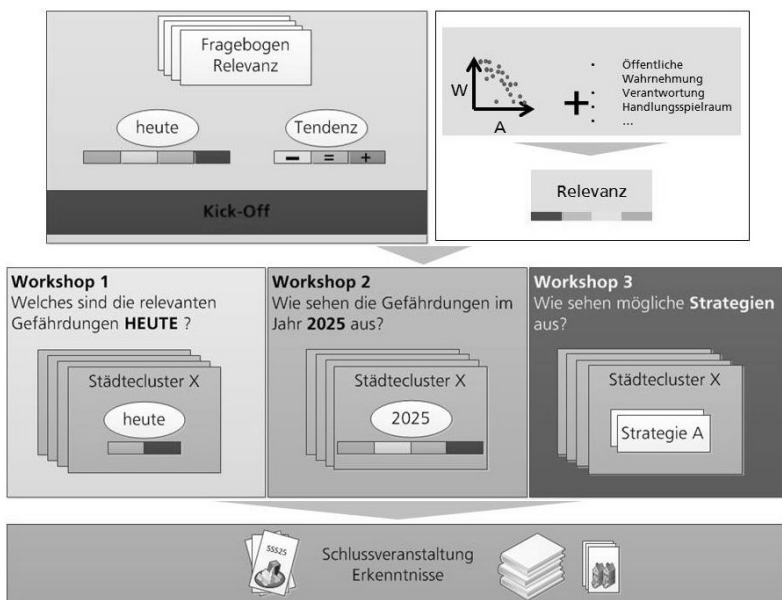
Die Ergebnisse werden ab dem 18. Juni 2013 – in deutscher und französischer Sprache - öffentlich verfügbar sein.

www.ebp.ch

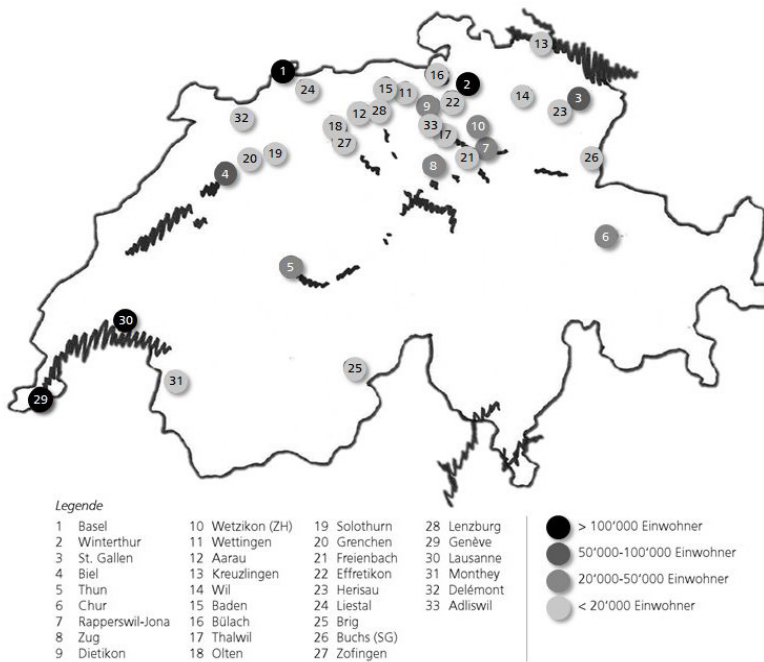
www.staedteverband.ch



Gefährdungsprofile der Städte-Cluster: viele Gemeinsamkeiten, einige Unterschiede



Der Projekttablauf: eine grobe Übersicht



Aus der ganzen Schweiz, klein und gross: die 33 Pilotstädte

Inhalt

Vorwort	1
I. Der 17. Deutsche Präventionstag im Überblick	
<i>Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner</i> Münchener Erklärung	5
<i>Erich Marks / Karla Schmitz</i> Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 17. Deutschen Präventionstages	9
<i>Erich Marks</i> “Sicher is’, dass nix sicher is’, drum bin i’ vorsichtshalber misstrauisch.” zur Eröffnung des 17. Deutschen Präventionstages	35
<i>Wiebke Steffen</i> Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag: Sicher leben in Stadt und Land	47
<i>Joachim Herrmann</i> Grußwort des Bayerischen Staatsministers des Innern	121
<i>Christian Ude</i> Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München	127
<i>Rainer Strobl / Christoph Schüle / Olaf Lobermeier</i> Evaluation des 17. Deutschen Präventionstages	131
II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte	
<i>Axel Groenemeyer</i> Wege der Sicherheitsgesellschaft	177
<i>Norbert Seitz</i> Facetten des Bevölkerungsschutzes – nicht polizeiliche Sicherheitsinteressen von Bürgerinnen und Bürgern	195
<i>Rita Haverkamp</i> Gefühlte Sicherheiten und Sicherheitsgefährdungen – Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD)	205
<i>Bernhard Frevel / Christian Miesner</i> Das Forschungsprojekt Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt - KoSiPol	215

<i>Dirk Behrmann / Anke Schröder</i> Kriminalprävention in der Stadtentwicklung - ein Blick in vier Europäische Länder	221
<i>Holger Floeting</i> Sicherheit in deutschen Städten. Ergebnisse zweier Kommunalumfragen	231
<i>Sybille Oetliker / Tillmann Schulze</i> Sichere Schweizer Städte 2025	237
<i>Joachim Häfele</i> Zum Einfluss von abweichendem Verhalten auf das subjektive (Un-) Sicherheitsgefühl und personale Kriminalitätseinstellungen. Eine Mehrebenenanalyse	243
<i>Dieter Hermann</i> Bedingungen urbaner Sicherheit - Kriminalprävention in der Postmoderne	275
<i>Wilfried Blume-Beyerle / Robert Kopp</i> S.A.M.I. – ein Gemeinschaftsprojekt aller Behörden und Institutionen in München zur Verbesserung der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum	291
<i>Martin Schairer</i> Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger	297
<i>Herbert Schubert</i> Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau und das Qualitätssiegel für sicheres Wohnen in Niedersachsen	303
<i>Frederick Groeger-Roth / Herbert Schubert</i> „Das kommt aus Amerika, das geht hier nicht...“ Erfahrungen mit „Communities That Care – CTC“ in Niedersachsen.	329
<i>Christiane Sadeler</i> Trotz alledem: die Geschichte der Kriminalprävention in Kanada am Beispiel einer Gemeinde	345
<i>Marie-Luis Wallraven-Lindl</i> Städtebauliche Kriminalprävention	347
<i>Detlev Schürmann</i> Sicherheitsaudit zur Städtebaulichen Kriminalprävention	359

<i>Melanie Blinzler</i> Nachhaltigkeit und Kommunale Prävention	373
<i>Bernd Fuchs / Reiner Greulich</i> Netzwerk Rhein-Neckar / Heidelberg - Chancen genutzt und auf Dauer angelegt	383
<i>Rainer Cohrs</i> Sicher in Bus und Bahn - Präventionsarbeit bei der Münchner Verkehrsgesellschaft	395
<i>Gunnar Cronberger / Guido Jabusch</i> Schritt für Schritt – ÖPNV-Nutzung durch Menschen mit geistiger Behinderung	399
<i>Gerd Neubeck</i> Ganzheitliche Sicherheitskonzepte setzen einen Schwerpunkt auf Prävention	405
<i>Wolfgang Gores / Julia Muth</i> Zivilcourage Ja! - Aber wie?	407
<i>Christian Weicht</i> Räumliche Kriminalprävention – Jugend im öffentlichen Raum	411
<i>Thomas Kutschaty</i> Konzepte und Maßnahmen einer umfeldbezogenen Jugendkriminalprävention in Nordrhein-Westfalen	417
<i>Andreas Mayer</i> Präventionsangebote für ältere Menschen im Zeichen gesellschaftlichen Wandels	433
<i>Holger Bölkow / Celina Sonka</i> Phänomenübergreifende Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität	445
<i>Helmut Fünfsinn / Helmut Seitz</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung	449
<i>Silke Eilzer / Heinz-Peter Mair</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung in Europa	457
III Autoren	465